



Arbeitnehmerkammer
Bremen



Unsere Forderungen 2019

Gut arbeiten, gut wirtschaften, die Stadt entwickeln

Positionen der Arbeitnehmerkammer
zur Bürgerschaftswahl 2019

HERAUSGEBER

Arbeitnehmerkammer Bremen

Bürgerstraße 1

28195 Bremen

Telefon 0421.3 63 01-0

Telefax 0421.3 63 01-89

info@arbeitnehmerkammer.de

www.arbeitnehmerkammer.de

Gestaltung

GfG/Gruppe für Gestaltung, Bremen

Fotografie

Kay Michalak

Druck

Druckerei Girzig+Gottschalk GmbH,
Bremen

Stand: April 2019

Gut arbeiten, gut wirtschaften, die Stadt entwickeln

➔ Die Wirtschaft wächst, die Beschäftigung nimmt zu – noch nie waren in Bremen und Bremerhaven so viele Menschen in Arbeit wie derzeit. Und auch die Einkommen sind im Zwei-Städte-Staat im Durchschnitt höher als in vielen anderen Regionen Deutschlands. Grund zur Freude? Ja. Grund, sich zurückzulehnen? Nein. Denn der kritische Blick auf die Details offenbart auch Schwachstellen der Entwicklung:

So wächst zwar die Wirtschaft, aber die Beschäftigung kann mit der Dynamik nicht mithalten. Während die Zahl der sozialversicherungspflichtigen Arbeitsplätze steigt, geht die Zahl der Ausbildungsplätze zurück. Zwar haben wieder mehr Menschen Arbeit gefunden, aber die Langzeitarbeitslosigkeit bleibt auf hohem Niveau. Und die Frauenerwerbsquote ist im Land Bremen besonders niedrig.

Prekäre Arbeitsformen wie befristete Beschäftigung, Leiharbeit oder unfreiwillige Teilzeit prägen außerdem einige Branchen. Und trotz Reallohnzuwächse dominieren in einigen Bereichen inzwischen die Niedriglöhne und die Tarifbindung nimmt auch in Bremen weiter ab.

Auch nach der Bürgerschaftswahl am 26. Mai bleibt für die zukünftige Landespolitik viel zu tun, damit alle Beschäftigten vom wirtschaftlichen Wachstum angemessen profitieren. Die Arbeitnehmerkammer liefert hierfür in ihren Berichten Zahlen, Daten, Fakten und Hintergründe. Daraus abgeleitete Positionen finden Sie auf den folgenden Seiten – sie dürfen gerne als Leitfaden für die Politik der kommenden Jahre dienen.

- ➔ Gut arbeiten.
- ➔ Gut ausbilden.
- ➔ Gut wirtschaften.
- ➔ Die Stadt entwickeln.



Peter Kruse
Präsident der
Arbeitnehmerkammer Bremen

Ingo Schierenbeck
Hauptgeschäftsführer der
Arbeitnehmerkammer Bremen

01 Gut arbeiten.



➔ In Bremen und Bremerhaven ist mit 330.390 sozialversicherungspflichtig Beschäftigten (Stand Juni 2018) ein Rekordstand bei der Beschäftigung erreicht worden. Das größte Wachstum verzeichnen dabei die Berufe der Logistik und die Lehr- bzw. Erziehungsberufe – die größte Dynamik zeigt sich in der Informatik. In Bremen wird zudem gut verdient – über dem deutschen Durchschnitt. Doch genauer hinsehen lohnt sich: So haben in fünf Jahren die Einkommen in den Dienstleistungen nur um 1,7 Prozent zugelegt, im produzierenden Gewerbe dagegen um 7,4 Prozent. Die Tarifbindung sinkt, der Gender Pay Gap bleibt der höchste aller Bundesländer. Der anhaltende Strukturwandel und die Zusammensetzung der Wirtschaft im Zwei-Städte-Staat machen zusätzliche Anstrengungen bei der Qualifikation von Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmern nötig, um sich im Standortwettbewerb zu behaupten und Beschäftigung langfristig zu sichern. Trotz Rückgangs ist mit 9,3 Prozent in Bremen und 12,6 Prozent in Bremerhaven die Arbeitslosigkeit und insbesondere die Langzeitarbeitslosigkeit noch hoch.

Tarifbindung stärken

Die guten Durchschnittslöhne in Bremen kommen nicht zuletzt durch die tariflich abgesicherten Beschäftigungsverhältnissen im verarbeitenden Gewerbe zustande. Während hier 70 Prozent der Beschäftigten tarifgebunden arbeiten, sind es im Gesundheits- und Sozialwesen und im Bereich Handel/Reparatur weniger als 30 Prozent. Und die Tarifbindung geht zurück. Im Land Bremen fiel dieser Rückgang besonders deutlich aus: Heute sind noch 38 Prozent der Beschäftigten über einen Branchentarifvertrag und 17 Prozent über einen Haustarifvertrag abgesichert. Die Arbeitnehmerkammer begrüßt daher, dass sich Bremen per Bundesratsinitiative für die erleichterte Einführung von allgemeinverbindlichen Tarifverträgen engagiert. Gleichzeitig müssen in der Wirtschaftsförderung tarifgebundene Betriebe vorrangig berücksichtigt werden. Die Politik muss sich öffentlich und nachdrücklich – zum Beispiel in Branchendialogen – für die Anwendung von Tarifverträgen einsetzen.

Frauen fördern

Die Erwerbstätigenquote von Frauen wie auch ihr Anteil an der sozialversicherungspflichtigen Beschäftigung liegen im Land Bremen weit unter dem Durchschnitt. Nicht einmal jede vierte Führungsposition in den obersten Ebenen der Privatwirtschaft wird in Bremen von Frauen besetzt – eine Zahl knapp unter dem westdeutschen Schnitt. Gleichzeitig bleibt der Gender Pay Gap mit über 23 Prozent hoch. Frauen müssen mehr in den Fokus der bremischen Arbeitsmarkt- und Beschäftigungspolitik rücken und bei den Maßnahmen der Arbeitsförderung stärker berücksichtigt werden.

Vereinbarkeit verbessern

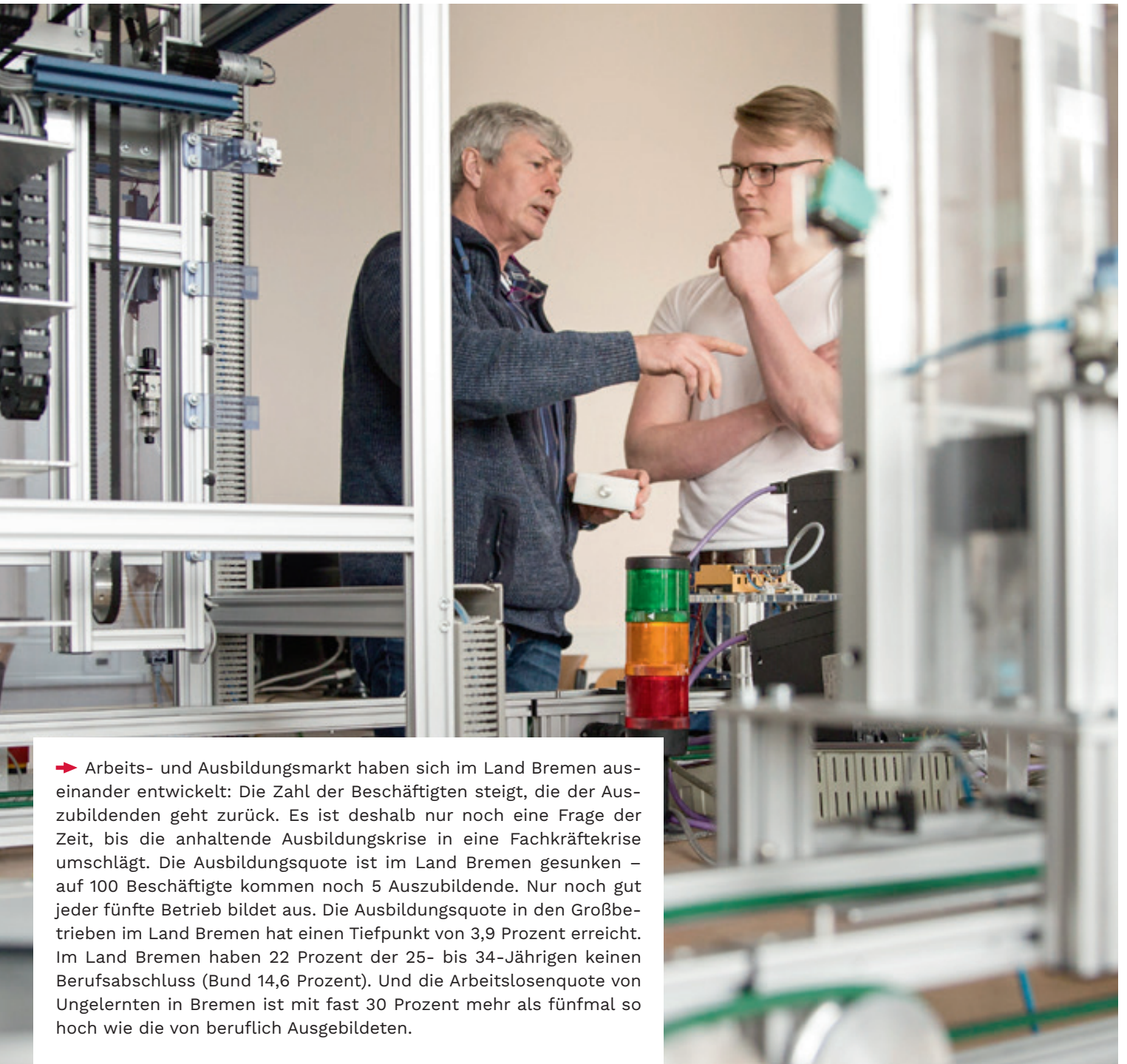
Die Vereinbarkeit von Beruf und Familie muss durch ausreichende Betreuungsmöglichkeiten, vor allem für unter Dreijährige, verbessert werden. Das Zusammengehen von Beruf und Pflege ist ebenfalls ein größer werdendes Thema – rund jede*r elfte Beschäftigte pflegt heute eine*n Angehörige*n. Die neue Landespolitik muss das Thema Vereinbarkeit wieder strategisch in den Blick nehmen und dafür eine klare Zuständigkeit schaffen. So sollen Bedarfe in der Pflegeinfrastruktur und Kinderbetreuung identifiziert und gemeinsam mit den Fachressorts und dem Magistrat Bremerhaven Engpässe reduziert werden. Regelmäßig durchzuführende Elternbefragungen können aufzeigen, wie sich der Bedarf entwickelt.

Prekäre Beschäftigung zurückdrängen

Viele Bremerinnen und Bremer sind trotz Erwerbstätigkeit auf aufstockende Leistungen vom Jobcenter angewiesen. Mit einem an die unterste Stufe des öffentlichen Dienstes gekoppelten Landesmindestlohn muss Bremen existenzsichernde Beschäftigungen anbieten und den gesetzlichen Mindestlohn auf Bundesebene zu schnelleren Fortschritten bewegen. In der Wirtschafts- und Arbeitsmarktpolitik muss die Reduzierung prekärer Beschäftigungsverhältnisse politisches Ziel sein und mit Maßnahmen hinterlegt werden.



02 Gut ausbilden.



➔ Arbeits- und Ausbildungsmarkt haben sich im Land Bremen auseinander entwickelt: Die Zahl der Beschäftigten steigt, die der Auszubildenden geht zurück. Es ist deshalb nur noch eine Frage der Zeit, bis die anhaltende Ausbildungskrise in eine Fachkräftekrise umschlägt. Die Ausbildungsquote ist im Land Bremen gesunken – auf 100 Beschäftigte kommen noch 5 Auszubildende. Nur noch gut jeder fünfte Betrieb bildet aus. Die Ausbildungsquote in den Großbetrieben im Land Bremen hat einen Tiefpunkt von 3,9 Prozent erreicht. Im Land Bremen haben 22 Prozent der 25- bis 34-Jährigen keinen Berufsabschluss (Bund 14,6 Prozent). Und die Arbeitslosenquote von Ungelernten in Bremen ist mit fast 30 Prozent mehr als fünfmal so hoch wie die von beruflich Ausgebildeten.

Ziele umsetzen: mehr ausbilden!

Das sinkende Ausbildungsengagement verlangt nach politischen Antworten. Der Ausbildungspakt „Bremer Vereinbarungen“ hinkt bisher seinem zentralen Ziel, ein wahlfähiges Ausbildungsangebot für junge Menschen zu schaffen, hinterher. Die getroffenen Verabredungen müssen deshalb verbindlich umgesetzt werden. Zudem ist zu prüfen, ob eine landesgesetzliche Ausbildungsumlage möglich ist und zu einem stärkeren Ausbildungsengagement der Betrieb beiträgt.

Unterstützungsangebote für Azubis und Betriebe bündeln

Inzwischen hat ein gutes Drittel der Auszubildenden im Land Bremen Abitur, ein ebenso großer Anteil entfällt auf Realschulabsolventinnen und -absolventen. Der Anteil der Hauptschülerinnen und Hauptschüler liegt bei 20 Prozent. Es sind überwiegend die kleinen und mittleren Betriebe, die auch Jugendliche mit Real- und Hauptschulabschluss ausbilden. Sie verfügen aber im Vergleich zu großen Betrieben über weniger Ressourcen. Entwickelt werden muss daher neben Betrieb und Berufsschule eine „dritte Säule“, in der Unterstützungsangebote für Auszubildende und Betriebe gebündelt werden und leicht erreichbar sind. Die Präsenz einer solchen neuen Infrastruktur auf dem Berufsschulcampus ist sinnvoll.

Mehr Geld für Berufsschulen

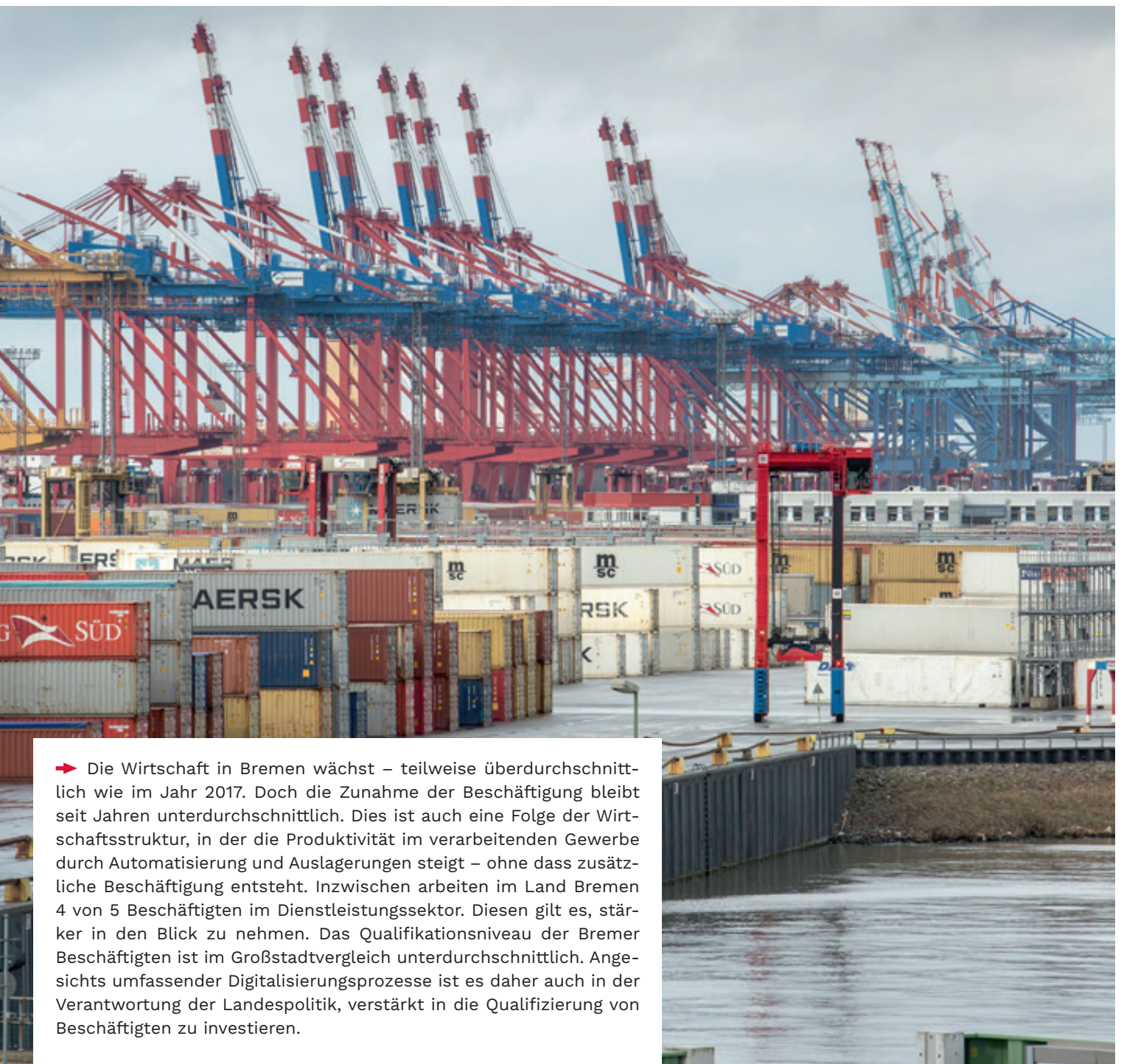
Das Land Bremen gibt mehr als 1.000 Euro weniger pro Berufsschülerin und Berufsschüler im dualen System aus als die anderen Stadtstaaten. Diese Lücke muss geschlossen werden, wenn man die duale Ausbildung stärken und bezogen auf die Ausstattung mit Infrastruktur wie Personal gegenüber der akademischen Ausbildung attraktiv halten will.

Mehr Ausbildungsplätze in sozialen Berufen

Die Ausbildungsplätze in den von einem besonders starken Fachkräftemangel geprägten Gesundheits- und Erziehungsberufen müssen aufgestockt und die Rahmenbedingungen der Ausbildung verbessert werden. Ausbildungsverträge und angemessene Ausbildungsvergütungen müssen auch hier Standard werden. Als ausbaufähiges Vorbild kann die praxisintegrierte Erzieher*innenausbildung (PIA) gelten. Die neue generalistische Ausbildung in der Pflege muss genutzt werden, um die Pflege aufzuwerten. Kosten für die Anleitung von Auszubildenden müssen von den Kostenträgern bei Kassen und Kommunen refinanziert werden.



03 Gut wirtschaften.



→ Die Wirtschaft in Bremen wächst – teilweise überdurchschnittlich wie im Jahr 2017. Doch die Zunahme der Beschäftigung bleibt seit Jahren unterdurchschnittlich. Dies ist auch eine Folge der Wirtschaftsstruktur, in der die Produktivität im verarbeitenden Gewerbe durch Automatisierung und Auslagerungen steigt – ohne dass zusätzliche Beschäftigung entsteht. Inzwischen arbeiten im Land Bremen 4 von 5 Beschäftigten im Dienstleistungssektor. Diesen gilt es, stärker in den Blick zu nehmen. Das Qualifikationsniveau der Bremer Beschäftigten ist im Großstadtvergleich unterdurchschnittlich. Angesichts umfassender Digitalisierungsprozesse ist es daher auch in der Verantwortung der Landespolitik, verstärkt in die Qualifizierung von Beschäftigten zu investieren.

Wissensintensive Dienstleistungen ansiedeln

Mit der Automobil- und der Stahlindustrie wie auch mit der Luft- und Raumfahrt beherbergt das Land Bremen bedeutende Industrien, die es zu sichern gilt. In anderen Segmenten besteht deutlicher Nachholbedarf. So arbeiten hier weniger Beschäftigte in den – auch in Bremen – stark wachsenden wissensintensiven Dienstleistungen, also in Kanzleien, Praxen, Agenturen, Laboren oder bei IT-Dienstleistern. Dort entstehen häufig gut entlohnte und innovative Arbeitsplätze. Ein von der Arbeitnehmerkammer Bremen und inzwischen auch von Fraktionen geforderter „Masterplan Dienstleistungen“ darf kein Papiertiger bleiben – er muss mit konkreten Fördermaßnahmen hinterlegt werden.

Branchendialoge weiterführen und ausweiten

Auch andere Dienstleistungsbranchen wie der Einzelhandel, die Logistik oder das Gastgewerbe wachsen, allerdings entwickeln sich hier die Arbeitsbedingungen häufig zu Ungunsten der Beschäftigten. Beispielsweise droht der Einzelhandel zu einer Niedriglohnbranche zu werden und allein 4.700 Leiharbeiterinnen und -arbeiter sind in Bremen und Bremerhaven in der Lagerwirtschaft angestellt. Branchendialoge, bei denen Politik, Arbeitgeber und Arbeitnehmervertreter gemeinsam nach Wegen suchen, eine Branche auch beschäftigungspolitisch zukunftsfest zu machen, müssen daher beibehalten und ausgeweitet werden.

Qualifizierung und Weiterbildung stärken

Fachleute schätzen, dass im Zuge von Digitalisierung Helfer-tätigkeiten verloren gehen und neue Arbeitsplätze vielfach für Spezialisten und Experten entstehen. Das zeigt auch der Blick auf die jüngsten Beschäftigungszuwächse in Bremen. Die Qualifikationsstruktur im Land Bremen und seinen beiden Städten bleibt jedoch hinter der anderer Großstädte zurück. Qualifizierung und (Weiter-)Bildung sind somit zentrale Aufgaben, denen sich Bremer Landespolitik auf allen Ebenen verstärkt widmen muss. Der Ausbau der Universitäten und Hochschulen ist dabei ein wichtiger Schritt, aber auch die weitere Förderung von beruflichen Ausbildungen und Qualifizierungen mit anerkannten Abschlüssen für Beschäftigte und für Arbeitslose gehören dazu.

Innovationsprogramme durch Mitbestimmung erweitern

Digitalisierung wird viele Bremer Betriebe stark verändern. Die Arbeitnehmerkammer hat vorgeschlagen, mit dem „Programm zur Förderung von Innovation und Beschäftigung im digitalen und demografischen Wandel“ die Beschäftigung nachhaltig zu sichern und die Sozialpartnerschaft für eine Innovationspartnerschaft zu nutzen. Die von der Wirtschaftsförderung aufgelegten Programme „Mittelstand 4.0 – Kompetenzzentrum Bremen“ und das „Beratungsförderungsprogramm zu Digitalisierung und Arbeiten 4.0“ sollen um Angebote für Betriebsräte erweitert werden. Dieses Programm soll Teil einer neuen, arbeitnehmer- und arbeitsorientierten Wirtschaftsförderung werden.



04 Die Stadt entwickeln.



➔ Im beschriebenen Strukturwandel, der vom Bedeutungsgewinn der Ressource „Wissen“ geprägt ist, haben städtische Agglomerationen gute Karten. Hier trifft eine ausgebaute Wissenschafts-, Forschungs- und Bildungsinfrastruktur unmittelbar auf kluge und kreative Köpfe, die vom urbanen Leben angezogen werden. Andererseits sind Städte immer auch Ort sozialer Herausforderungen – durch Armut, Arbeitslosigkeit und Ungleichheit. Die Städte Bremen und Bremerhaven wachsen. Sie müssen die Zugewanderten in den Arbeitsmarkt integrieren und für junge Menschen und Familien attraktiver werden. Quartiere müssen sich dafür weiterentwickeln und lokale Ökonomien sind zu stärken. Gewerbeflächen- wie auch Wohnungsbaupolitik müssen sich auf neue Zielgruppen einstellen.

Chancen der Produktiven Stadt nutzen

Die Mischung von Arbeit, Ausbildung, Wohnen und Freizeit wird für Gewerbestandorte wie für Wohnquartiere wichtiger, denn zunehmend entstehen Wirtschafts- und Beschäftigungswachstum nicht an der Peripherie der Stadt sondern mitendrin. Gründerzentren und Werkhöfe urbaner Produktion, Handwerk, Kleingewerbe und (migrantische) Gründungen brauchen dafür Raum. Die Chancen einer sogenannten Produktiven Stadt sind gerade am Industriestandort Bremen aufzugreifen. Daher sollten die planenden Behörden bei der Entwicklung von Galopprennbahn, Überseeinsel, dem Vorderen Woltmershausen und anderen Gebieten ihre Bemühungen um eine urbane Mischung fortsetzen.

Wohn- und Gewerbeflächen gezielt nutzen

Gelingen kann dies auch durch eine zur Sicherung zukünftiger Handlungsoptionen aktiven Liegenschaftspolitik. Der Erwerb von Flächen gehört ebenso dazu wie die Vergabe in Erbpacht und die Ausschreibung nicht nach Höchstgebot, sondern nach politisch gewünschtem Nutzungskonzept. Angesichts zunehmender Flächenknappheit muss die erwartete Arbeitsplatzdichte ein entscheidendes Kriterium bei der Vermarktung von Gewerbeflächen sein.

Familien- und Bildungszentren schneller umsetzen

Geplante Umbauprojekte von Kitas, Grundschulen und Gesundheitseinrichtungen in den WiN-Gebieten zu Familien- und Bildungszentren müssen vorangetrieben, Bildungseinrichtungen – von Berufs- über Grundschulen und Bildungszentren – zu Leuchttürmen in den Stadtteilen entwickelt werden.

Bremerhaven braucht attraktive Arbeits- und Wohnplätze

Die Lebensqualität und die Schaffung von attraktiven Arbeits- und Wohnplätzen muss für Bremerhaven höchste Priorität haben. Die Seestadt hat Potenzial: Vom Gelände der ehemaligen Schichau-/Seebeck-Werft, wo Wohnen, Arbeiten und Freizeit auf neue Art verbunden werden sollen über die Weiterentwicklung der Hochschule bis zur „Luneplate“ als künftigem Gewerbegebiet der Green Economy. Diese Chancen müssen konsequent genutzt werden.



**Gut arbeiten, gut wirtschaften,
die Stadt entwickeln – Positionen
der Arbeitnehmerkammer zur
Bürgerschaftswahl 2019**



Arbeitnehmerkammer
Bremen

Bürgerstraße 1
28195 Bremen
Telefon 0421.3 63 01-0
Telefax 0421.3 63 01-89
info@arbeitnehmerkammer.de
www.arbeitnehmerkammer.de